

## **Abwägungsprotokoll zur frühzeitigen Beteiligung 5. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück**

für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück am 07.10.2021

über die während der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brück.

Mit Schreiben vom 23.02.2021 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und die Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB unter Fristsetzung bis zum 26.03.2021 zur Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans aufgefordert.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 22.02.2021 bis einschließlich 26.03.2021 statt.

Nachstehende Anregungen und Hinweise zur Planung gingen während der Beteiligungsfrist ein. Das beauftragte Büro Knoblich hat gemeinsam mit der Verwaltung nachfolgendes Abwägungsprotokoll ausgearbeitet.

### **Inhalt**

Tabelle 1: Aufstellung der mit Schreiben vom 23.02.2021 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden .....	2
Tabelle 2: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben .....	4
Tabelle 3: Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit .....	4
Tabelle 4: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden .....	5
Tabelle 5: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit .....	13
Tabelle 6: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben .....	13

**Tabelle 1: Aufstellung der mit Schreiben vom 23.02.2021 beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
1	Landkreis Potsdam-Mittelmark, Bauordnungsamt	24.03.2021
2	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Regionale Planungsstelle	25.02.2021
3	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 5	23.03.2021
4	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum	02.03.2021
5	Landesamt für Bauen und Verkehr	09.03.2021
6	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	16.03.2021
7	Landesamt für Umwelt	24.03.2021
8	Landesbetrieb Straßenwesen	08.03.2021
9	Die Autobahn GmbH des Bundes	09.04.2021
10	Landesbetrieb Forst Brandenburg, Oberförsterei Dippmannsdorf	07.04.2021
11	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst	05.03.2021
12	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände	24.03.2021
13	Wasserversorgungsverband „Hoher Fläming“	23.02.2021
14	Abwasserzweckverband „Planetal“	10.02.2021
15	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“	-----
16	Wasser- und Bodenverband „Nuthe-Nieplitz“	01.03.2021
17	GDMcom mbH	25.02.2021
18	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	09.02.2021
19	E.DIS AG	09.02.2021
20	50Hertz Transmission GmbH	09.02.2021
21	Deutsche Telekom Technik GmbH	11.03.2021
22	Enerparc AG	16.02.2021

Anlage zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück Nr. ....

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Posteingang
23	1&1 Versatel Deutschland GmbH	16.02.2021
24	NOTUS energy Plan GmbH & Co. KG	10.02.2021
25	PLEdoc GmbH	09.02.2021
26	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG	09.02.2021
27	Saferay operations GmbH	09.02.2021
28	Stadt Treuenbrietzen	-----
29	Stadt Beelitz	25.02.2021
30	Gemeinde Borkheide	16.03.2021
31	Gemeinde Linthe	05.03.2021

**Tabelle 2: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die keine Stellungnahme abgegeben haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange
15	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“
28	Stadt Treuenbrietzen

**Tabelle 3: Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**

Nr.	Einwender	Posteingang
--	-----	-----

**Tabelle 4: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden**

<b>TöB-Nr.:</b> 1	<b>Name:</b> Landkreis Potsdam-Mittelmark (AZ: 00896-21-60)	<b>Datum:</b> 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

  

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Stellungnahme</b>	<b>Abwägung</b>
1.01	<p><b>Untere Naturschutzbehörde</b></p> <p>In Planungen sind gemäß § 9 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG die Inhalte der Landschaftsplanung zu berücksichtigen. Soweit ihnen nicht Rechnung getragen werden kann, ist dies gemäß § 9 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG zu begründen.</p> <p>Hier fehlt noch die Berücksichtigung des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Potsdam-Mittelmark und des Landschaftsplans. Diese Planinhalte sind entsprechend der gesetzlichen Bestimmung zu ergänzen.</p>	<p><b>Wird berücksichtigt.</b></p> <p>Die Planinhalte aus den genannten Planwerken werden in Kapitel 3 in der Begründung ergänzt.</p>
1.02	<p><b>Fachdienst Landwirtschaft</b></p> <p>Grundsätzlich ist der Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche auf ein Minimum zu begrenzen. Der Fachdienst Landwirtschaft weist auf einen sparsamen Umgang mit landwirtschaftlichen Nutzflächen hin.</p>	<p><b>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</b></p> <p>Die Plangebietsfläche stellt im Vergleich zur gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche innerhalb der Stadt Brück nur einen geringen Teil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft bzw. des Flächenangebots nicht auszugehen ist. Mit der Umwandlung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen zu einer artenreichen Frischwiese ist eine Aufwertung der Bodenfunktionen zu erwarten, der Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird für die Dauer des Bestehens der Anlage vermieden.</p>
1.03	<p><b>Öffentliches Recht</b></p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes ein Umweltbericht zu fertigen ist.</p>	<p><b>Wird berücksichtigt.</b></p> <p>Der Umweltbericht zur 5. Änderung des FNP ist Bestandteil der Planunterlagen und hat im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit ausgelegt.</p>

<b>TöB-Nr.:</b> 2	<b>Name:</b> Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (AZ: 6dk_9179_xh)	<b>Datum:</b> 25.02.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
2.01	<p>In dem in Erarbeitung befindlichen Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 sollen auch Vorranggebiete für die Landwirtschaft festgelegt werden. Das Plangebiet „PV-Anlage Neuendorf / Alt Bork“ überschneidet ca. 1,8 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, für die eine solche Festlegung in Betracht gezogen wird. Ziel der Vorrangfestlegung ist es, die landwirtschaftliche Bodennutzung, insbesondere auf den Flächen, die sowohl ertragreiche als auch ertragsstabile Bodeneigenschaften aufweisen, zu sichern.</p> <p>Andere flächenbeanspruchende Nutzungen sollen auf für die landwirtschaftliche Produktion weniger bedeutsame Standorte gelenkt werden. Als ertragreich geltende Ackerflächen mit einer Ackerzahl von mindestens 28, was in der Region Havelland-Fläming eine durchschnittliche Bodenqualität darstellt. Ertragsstabil sind Böden, die eine höhere Resilienz gegenüber Austrocknung besitzen, d.h. die ein hohes Bodenwasserspeichervermögen und einen niedrigen Grundwasserflurabstand aufweisen. Als vorrangwürdig gelten weiterhin landwirtschaftliche Flächen mit Dauerkulturanbau und Ackerflächen, die mit einer Bewässerungsinfrastruktur ausgestattet sind und beregnet werden.</p> <p>In den Vorranggebieten für die Landwirtschaft soll die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis nach § 17 Bundes-Bodenschutzgesetz Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen haben. Zulässig sind raumbedeutsame Vorhaben, die einem landwirtschaftlichen Betrieb oder der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der Flächen dienen. Ausnahmen von der Regelung sind unter der Voraussetzung möglich, dass das raumbedeutsame Vorhaben, insbesondere für eine linienhafte Infrastruktur, nicht auf anderen</p>	<p><b>Wird berücksichtigt.</b></p> <p>Nach der aktuellen Statistik des Umweltbundesamtes lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2020 bei 45,4 %, eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2019 (<a href="http://www.umweltbundesamt.de">www.umweltbundesamt.de</a>). Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21.12.2020 wurden die Ausbauziele noch einmal erhöht. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent erhöht werden, bis 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom treibhausgasneutral erzeugt werden (EEG 2021). Damit ergibt sich für die kommenden zehn Jahre eine jährliche Erhöhung von mindestens 2 Prozent, zwischen 2030 und 2050 von mindestens 2,3 Prozent. Dabei kommt den Gemeinden im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung zu, da davon ausgegangen werden muss, dass Städte und Agglomerationen ihre benötigten Strommengen aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht vollständig selbst erzeugen werden können. Die Gemeinden im ländlichen Raum könnten damit Stromlieferanten für die verdichteten und industrialisierten Räume werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein weiterer Zubau von Erzeugungskapazitäten, auch im Bereich der Photovoltaik, in der Stadt Brück erforderlich ist.</p> <p>Um insbesondere im Interesse des Klimas, der Natur und des Umweltschutzes eine nachhaltige Produktion von Solarstrom zu ermöglichen, lenkt § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c EEG die Photovoltaik-Freiflächenanlagen u.a. entlang von Autobahnen oder Schienenwegen mit einem Abstand von 200 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans weist für Brandenburg durchschnittliche Bodenwerte auf, wird derzeit intensiv</p>

<b>TöB-Nr.:</b> 2	<b>Name:</b> Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (AZ: 6dk_9179_xh)	<b>Datum:</b> 25.02.2021
-------------------	---	--------------------------

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Stellungnahme</b>	<b>Abwägung</b>
	<p>geeigneten Flächen außerhalb der Vorrangbiete für die Landwirtschaft durchgeführt werden kann, soweit ein öffentliches Interesse an der Realisierung besteht und die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Bodennutzung minimiert wird. Es wird darüber hinaus auch erwogen, für PV-Anlagen entlang von Autobahnen Ausnahmen zuzulassen.</p> <p>Im weiteren Planverfahren sollten die Belange der landwirtschaftlichen Bodennutzung, insbesondere für die Teile des Plangebiets, die für eine Festlegung als Vorrangfläche Landwirtschaft in Betracht kommen, mit besonderem Gewicht berücksichtigt werden.</p>	<p>landwirtschaftlich genutzt und befindet sich innerhalb der Förderkulisse des EEG entlang von Infrastrukturachsen.</p> <p>Der gewählte Standort bietet wegen der günstigen geografischen Verhältnisse und dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen ideale Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Durch diese Trassenbindung werden die Potentialflächen auf dem Gebiet einer Gemeinde bereits stark eingeengt, so dass im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen für eine förderfähige Nutzung nur ausgewählte Flächen in Frage kommen.</p> <p>Die von einem potentiellen Vorranggebiet Landwirtschaft betroffene Plangebietsfläche stellt im Vergleich zur gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche innerhalb der Stadt Brück nur einen geringen Teil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft bzw. des Flächenangebots nicht auszugehen ist. Mit der Umwandlung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen zu einer artenreichen Frischwiese ist eine Aufwertung der Bodenfunktionen zu erwarten, der Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird für die Dauer des Bestehens der Anlage vermieden. Der Verlust landwirtschaftlicher Fläche besteht für die Standzeit der geplanten Anlage, nach dem Rückbau ist eine landwirtschaftliche Nutzung der Fläche (mit verbesserten Bodenfunktionen) prinzipiell wieder möglich.</p> <p>Vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Klimaziele und der angeführten Argumente ist eine (zeitweise) Inanspruchnahme der Flächen vertretbar.</p>

<b>TöB-Nr.:</b> 3	<b>Name:</b> Gemeinsame Landesplanungsabteilung (AZ: GL5.4-46152-203-0638/2005)	<b>Datum:</b> 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
3.01	<p>Der nördliche Teil des Plangebietes befindet sich im Randbereich des Freiraumverbundes gemäß Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktion des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen.</p> <p>Durch die beabsichtigte Planung ist unter Berücksichtigung der raumordnerischen Planunschärfe eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten. Dem Vorhaben Freilandsolaranlage stehen somit keine Ziele der Raumordnung entgegen, es ist einschließlich der für diese Fläche im Parallelverfahren erforderlichen FNP-Änderung an die Ziele der Raumordnung angepasst.</p>	<b>Keine Abwägungsentscheidung erforderlich.</b>
3.02	<p>Wir verweisen jedoch auf den Grundsatz G 6.1 Abs. 2 LEP HR, wonach der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen ist. In der Abwägung ist dies hinreichend darzulegen.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass gegenwärtig Vorentwürfe für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 erarbeitet werden, der u.a. Festlegungen zur landwirtschaftlichen Bodennutzung in Form von Vorranggebieten Landwirtschaft treffen soll. Die Fläche des geplanten Solarparks liegt in einer Größe von ca. 1,8 ha innerhalb von Flächen, die für eine Festlegung als Vorranggebiete Landwirtschaft in Frage kommen. Eine Aufstellung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen stünden hier im Widerspruch zu den geplanten Vorranggebieten Landwirtschaft. Im weiteren Vorgehen wäre daher aus Sicht der Regionalplanung</p>	<p><b>Wird berücksichtigt.</b></p> <p>Nach der aktuellen Statistik des Umweltbundesamtes lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2020 bei 45,4 %, eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2019 (<a href="http://www.umweltbundesamt.de">www.umweltbundesamt.de</a>). Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21.12.2020 wurden die Ausbauziele noch einmal erhöht. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent erhöht werden, bis 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom treibhausgasneutral erzeugt werden (EEG 2021). Damit ergibt sich für die kommenden zehn Jahre eine jährliche Erhöhung von mindestens 2 Prozent, zwischen 2030 und 2050 von mindestens 2,3 Prozent. Dabei kommt den Gemeinden im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung zu, da davon ausgegangen werden muss, dass Städte und Agglomerationen ihre</p>



<b>TöB-Nr.:</b> 3	<b>Name:</b> Gemeinsame Landesplanungsabteilung (AZ: GL5.4-46152-203-0638/2005)	<b>Datum:</b> 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Stellungnahme</b>	<b>Abwägung</b>
	insbesondere eine Abwägung mit den Belangen der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der vergleichsweise günstigen Standortbedingungen vorzunehmen. Wir empfehlen eine Abstimmung mit der Regionalen Planungsgemeinschaft.	<p>benötigten Strommengen aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht vollständig selbst erzeugen werden können. Die Gemeinden im ländlichen Raum könnten damit Stromlieferanten für die verdichteten und industrialisierten Räume werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein weiterer Zubau von Erzeugungskapazitäten, auch im Bereich der Photovoltaik, in der Stadt Brück erforderlich ist.</p> <p>Um insbesondere im Interesse des Klimas, der Natur und des Umweltschutzes eine nachhaltige Produktion von Solarstrom zu ermöglichen, lenkt § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c EEG die Photovoltaik-Freiflächenanlagen u.a. entlang von Autobahnen oder Schienenwegen mit einem Abstand von 200 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans weist für Brandenburg durchschnittliche Bodenwerte auf, wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt und befindet sich innerhalb der Förderkulisse des EEG entlang von Infrastrukturachsen.</p> <p>Der gewählte Standort bietet wegen der günstigen geografischen Verhältnisse und dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen ideale Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Durch diese Trassenbindung werden die Potentialflächen auf dem Gebiet einer Gemeinde bereits stark eingeeengt, so dass im Bereich der landwirtschaftlichen Flächen für eine förderfähige Nutzung nur ausgewählte Flächen in Frage kommen.</p> <p>Die von einem potentiellen Vorranggebiet Landwirtschaft betroffene Plangebietsfläche stellt im Vergleich zur gesamten verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche innerhalb der Stadt Brück nur einen geringen Teil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der örtlichen Landwirtschaft bzw. des Flächenangebots nicht auszugehen ist. Mit der</p>

<b>TöB-Nr.:</b> 3	<b>Name:</b> Gemeinsame Landesplanungsabteilung (AZ: GL5.4-46152-203-0638/2005)	<b>Datum:</b> 23.03.2021
-------------------	---	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Umwandlung von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen zu einer artenreichen Frischwiese ist eine Aufwertung der Bodenfunktionen zu erwarten, der Eintrag von Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird für die Dauer des Bestehens der Anlage vermieden. Der Verlust landwirtschaftlicher Fläche besteht für die Standzeit der geplanten Anlage, nach dem Rückbau ist eine landwirtschaftliche Nutzung der Fläche (mit verbesserten Bodenfunktionen) prinzipiell wieder möglich.</p> <p>Vor dem Hintergrund der internationalen und nationalen Klimaziele und der angeführten Argumente ist eine (zeitweise) Inanspruchnahme der Flächen vertretbar.</p>

<b>TöB-Nr.:</b> 12	<b>Name:</b> Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR (AZ: ohne)	<b>Datum:</b> 24.03.2021
--------------------	--	--------------------------

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Stellungnahme</b>	<b>Abwägung</b>
12.01	<p>Photovoltaik (PV) ist eine effiziente Technologie zur Stromerzeugung und bildet einen Eckpfeiler zur Erreichung der nationalen klima- und energiepolitischen Ziele.</p> <p>Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt deshalb der weitere naturverträgliche Ausbau von PV-Anlagen für das Erreichen dieser Ziele und zur Umsetzung der Energiewende eine wichtige Rolle. Aufgrund dessen müssen naturschutzfachliche Belange bei der Standortwahl je nach standortspezifischen Gegebenheiten, hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden.</p> <p>Zum Schutz von Natur- und Landschaft sollten v.a. Flächenkapazitäten im Innenreich (Wohn-, Industrie- u. Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden. Auch ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten, Streuobstwiesen), landwirtschaftlich hochwertige Flächen und landschaftlich exponierte Flächen sind für die Bebauung von PV-Anlagen auszusparen.</p>	<p><b>Wird berücksichtigt.</b></p> <p>Nach der aktuellen Statistik des Umweltbundesamtes lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2020 bei 45,4 %, eine Steigerung von 3,4 Prozent im Vergleich zu 2019 (<a href="http://www.umweltbundesamt.de">www.umweltbundesamt.de</a>). Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21.12.2020 wurden die Ausbauziele noch einmal erhöht. Bis 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 65 Prozent erhöht werden, bis 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom treibhausgasneutral erzeugt werden (EEG 2021). Damit ergibt sich für die kommenden zehn Jahre eine jährliche Erhöhung von mindestens 2 Prozent, zwischen 2030 und 2050 von mindestens 2,3 Prozent. Dabei kommt den Gemeinden im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung zu, da davon ausgegangen werden muss, dass Städte und Agglomerationen ihre benötigten Strommengen aufgrund der Flächenverfügbarkeit nicht vollständig selbst erzeugen werden können. Die Gemeinden im ländlichen Raum könnten damit Stromlieferanten für die verdichteten und industrialisierten Räume werden. Es muss also davon ausgegangen werden, dass ein weiterer Zubau von Erzeugungskapazitäten, auch im Bereich der Photovoltaik, in der Stadt Brück erforderlich ist.</p> <p>Um insbesondere im Interesse des Klimas, der Natur und des Umweltschutzes eine nachhaltige Produktion von Solarstrom zu ermöglichen, lenkt § 37 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c EEG die Photovoltaik-Freiflächenanlagen u.a. entlang von Autobahnen oder Schienenwegen mit einem Abstand von 200 m, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans weist für</p>

<b>TöB-Nr.:</b> 12	<b>Name:</b> Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR (AZ: ohne)	<b>Datum:</b> 24.03.2021
--------------------	--	--------------------------

lfd. Nr.	Stellungnahme	Abwägung
		<p>Brandenburg durchschnittliche Bodenwerte auf, wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt und befindet sich innerhalb der Förderkulisse des EEG entlang von Infrastrukturachsen.</p> <p>Der gewählte Standort bietet wegen der günstigen geografischen Verhältnisse und dem Fehlen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen ideale Bedingungen für die Gewinnung von Strom aus Sonnenenergie. Ökologisch hochwertige Flächen werden nicht in Anspruch genommen, in Bezug auf das Schutzgut Fauna ist festzustellen, dass die Fläche durch den kontinuierlichen Straßenlärm der angrenzenden Bundesautobahn A 9 vor allem als Lebensraum für Vögel nur eine eingeschränkte Funktion besitzt.</p>

**Tabelle 5: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**

Während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

**Tabelle 6: Aufstellung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die zugestimmt bzw. keine Bedenken und Anregungen geäußert haben**

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
4	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum	02.03.2021
5	Landesamt für Bauen und Verkehr	09.03.2021
6	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	11.03.2021
7	Landesamt für Umwelt	24.03.2021
8	Landesbetrieb Straßenwesen	05.03.2021
9	Die Autobahn GmbH des Bundes	31.03.2021
10	Landesbetrieb Forst Brandenburg	31.03.2021
11	Zentraldienst der Polizei Brandenburg	01.03.2021
13	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“	19.02.2021
14	Abwasserzweckverband „Planetel“	10.02.2021
16	Wasser- und Bodenverband „Nuthe-Nieplitz“	01.03.2021
17	GDMcom GmbH	25.02.2021
18	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Regionalzentrum Potsdam	09.02.2021
19	E.DIS AG	09.02.2021
20	50Hertz Transmission GmbH	09.02.2021
21	Deutsche Telekom Technik GmbH	11.03.2021
22	Enerparc AG	16.02.2021
23	1&1 Versatel Deutschland GmbH	16.02.2021

Anlage zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück Nr. ....

24	NOTUS energy Plan GmbH & Co. KG	10.02.2021
25	PLEdoc GmbH	09.02.2021
26	PRIMAGAS Energie GmbH & Co. KG	09.02.2021
27	saferay operations GmbH	09.02.2021
29	Stadt Beelitz	25.02.2021
30	Gemeinde Borkheide	16.03.2021
31	Gemeinde Linthe	05.03.2021